



**TOP 11**

**Einrichtung ehrenamtlicher Prälaturbeauftragter (Pfarrer\*innen und Diakon\*innen)  
für Demokratie und Zivilgesellschaft**

**Bericht des Ausschusses für Kirche, Gesellschaft, Öffentlichkeit und Bewahrung  
der Schöpfung)**

**in der Sitzung der 16. Landessynode am 30. November 2023**

Der Antrag Nr. 15/21: Einrichtung ehrenamtlicher Prälaturbeauftragter (Pfarrer\*innen oder Diakon\*innen) für Demokratie und Zivilgesellschaft wurde im Rahmen der Frühjahrssynode 2021 eingebracht und an den KGS verwiesen. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Landessynode möge beschließen:

Der Oberkirchenrat wird gebeten, den Rahmen für die Einrichtung ehrenamtlicher Prälaturbeauftragter (Pfarrer\*innen oder Diakon\*innen) für Demokratie und Zivilgesellschaft zu schaffen. Die Prälaturbeauftragten sollen über Kirchenbezirksgrenzen hinweg, Vernetzungsarbeit zwischen Kirchengemeinden leisten. Mit der Prälaturbeauftragung soll eine Informations-, Anlauf- und Vermittlungsstelle zum Thema Kirche in der Demokratie geschaffen werden. Die Beauftragten sollen ebenso regionale Ansprechpersonen bei politischen (extremistischen) Anfeindungen gegen Kirchengemeinden oder kirchliche (ehrenamtlich/hauptamtliche) Mitarbeitende sein.

Die Prälaturbeauftragten sollen in gemeinsamer Kooperation mit dem Beauftragten der Evangelischen Landeskirchen in Baden und Württemberg bei Landtag und Landesregierung, dem landeskirchlichen Referenten für die Themen Populismus und Extremismus (Arbeitsstelle für Weltanschauungsarbeit) sowie dem Bündnis Kirche für Demokratie und Menschenrechte Württemberg tätig sein.

Den Prälaturbeauftragten sollen jährliche Fortbildungsangebote gestellt werden.“

Im Juni 2023 hatten wir eine sehr gute Vorberatung zum Thema des Antrages mit der Populismus- und Extremismusreferentin, Frau Kübler. Auch Yasna Crüsemann als Erstunterzeichnerin nahm an den Beratungen teil. Der Antrag stammt allerdings aus dem Jahr 2021. Seitdem hat sich die Sachlage erheblich geändert und bedarf einer Neubewertung.

Es wurden folgende Schwerpunkte gesehen:

- Die mit Frau Kübler besetzte Stelle muss langfristig gesichert werden.
- Die Kirchengemeinden benötigen Ansprechpersonen zu diesem Thema.
- Es ist unklar, wo das Thema Demokratiebildung in der Landeskirche behandelt wird (sicherlich in der Akademie Bad Boll, aber viele EU-Mittel werden derzeit auch in diesem Feld gestrichen).
- Laut einer Studie haben 10% der deutschen Bevölkerung ein als rechtsextrem einzuschätzendes Weltbild.
- Es wird darauf hingewiesen, dass es Demokratiegefährdung von rechtem wie linkem Extremismus gibt.
- Deshalb soll der Antrag in Richtung „Kirche und Demokratie Resilienz“ als Gesamtkonzept weiterentwickelt werden.

Aus diesem Grund wurde ich gebeten in der Herbstsynode einen Folgeantrag unseres Ausschusses mit folgendem Wortlaut einzubringen, was ich hiermit tue.

Antrag Nr. 34/23 lautet:

- „Der Oberkirchenrat wird gebeten,
- a. dem Ausschuss für Kirche, Gesellschaft, Öffentlichkeit und Bewahrung der Schöpfung einen Überblick zu erstellen, an welchen Stellen der Landeskirche auf welche Weise das Thema der Demokratiegefährdung bearbeitet wird, sowie
  - b. dem Ausschuss ein weitergehendes landeskirchliches Gesamtkonzept (u.a. für die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit, Bildungsarbeit) zu erstellen, wie die landeskirchliche Arbeit für eine demokratische Resilienz und die christliche Wertebildung gestärkt werden kann.“

Begründung:

Der Ausschuss sieht aufgrund des zunehmenden Erstarkens demokratiefeindlicher Haltungen innerhalb der Gesellschaft (vgl. auch aktuelle „Mitte-Studie: Die distanzierte Mitte, Berlin 2023) und der für uns nicht akzeptablen, missbräuchlichen Verwendung christlicher Termini durch Rechtsextremisten die Notwendigkeit, als Evangelische Landeskirche noch stärker auf das Thema der gesellschaftlichen Demokratiegefährdung zu reagieren.

Die Anfälligkeit, demokratiefeindliche Positionen zu vertreten, ist jedoch auch unter ev. Kirchenmitgliedern anzutreffen, worauf wir deutlicher reagieren wollen.

Hierzu leisten sowohl die Referentin für die Themen Antisemitismus und Rassismus als auch zahlreiche Ehrenamtliche einen wichtigen Beitrag, wobei die Ehrenamtlichen professionelle Unterstützung benötigen.“

(einstimmig)

Vorsitzende des Ausschusses für Kirche, Gesellschaft, Öffentlichkeit und Bewahrung der Schöpfung, Annette Sawade